

«Zurück aufs Niveau von 2006»

«Damit die Regierung zielgerichtet und unter Respektierung der Finanzhoheit des Landtags die vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen kann», erwartet sich der Regierungschef von der Landtagsdebatte zum Sparpaket entsprechende inhaltliche Bekenntnisse.

Interview: Günther Fritz

Herr Regierungschef, die Regierung legt dem Landtag ein umfassendes Sparpaket vor, mit dem sie den Staatshaushalt bis 2015 wieder ins Gleichgewicht bringen will. Ist dieses ambitionöse Ziel überhaupt erreichbar?

Regierungschef Klaus Tschüscher: Es ist erreichbar, wenn die Koalitionspartner auch im Landtag bei den vorgeschlagenen Reduktionen in den aufgezeigten Ausgabenbereichen an einem Strick ziehen. Die im Koalitionsvertrag gemeinsam eingegangene Verpflichtung zur Haushaltsanrierung können wir nur erfüllen, wenn das Parlament den Sparplänen der Regierung zustimmt. Deshalb haben wir den Landtag stärker als je zuvor bereits in die Finanzplanung und in die Formulierung der finanzpolitischen Zielsetzungen einbezogen. Mit dem vorgelegten Sparpaket zeigt nun die Regierung auf, wie das Land wieder zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zurückfinden kann.

Was erwarten Sie sich von der anstehenden Grundsatzdebatte im Landtag, bei der die Weichen für die Haushaltsanrierung gestellt werden?

Entscheidend wird sein, dass wir einen politischen Grundkonsens bei den Sanierungsschwerpunkten finden, insbesondere bei den Transferzahlungen des Staates, der Beteiligung des Staates an den Gesundheitskosten und der Gestaltung der künftigen Finanzzuweisungen an die Gemeinden. In diesen politischen Fragen wird der Landtag Gelegenheit erhalten, die Vorgaben für die Umsetzung des Sanierungsprogramms zu definieren. Der umfassende Regierungsbericht ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung der ausgemachten Sparpotenziale in den einzelnen Kostenblöcken. Deshalb erwarte ich mir von dieser Grundsatzdebatte entsprechende inhaltliche Aussagen und Bekenntnisse, damit die Regierung zielgerichtet und unter Respektierung der Finanzhoheit des Landtags die vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen kann.

«Die Bevölkerung schätzt die direkte Information»

Als verantwortlicher Finanzminister haben Sie nicht nur den Landtag stärker eingebunden, Sie haben sich auch direkt mit einem Sparappell an die Bevölkerung gewandt. Wie haben die Einwohnerinnen und Einwohner auf den angekündigten Sparkurs reagiert?

Die positiven Rückmeldungen zeigen, dass die Bevölkerung die offene und direkte Information schätzt. Den Menschen, die sich zu Wort gemeldet haben, ist bewusst, dass etwas geschehen muss. Wir haben bereits über 80 Vorschläge zur Optimierung und Entlastung des Staatshaushalts erhalten. Alle diese Ideen fliessen in den Sanierungsprozess ein, weil uns der Einbezug der Einwohnerinnen und Einwohner wichtig ist.

Das Sparziel beträgt mit 160 Millionen Franken fast ein Fünftel des Staatshaushalts. Flösst ihnen diese grosse Aufgabe nicht Respekt ein?

Doch, ich habe grossen Respekt vor dieser Aufgabe, weil ich weiss, dass Sparen in dieser Grössenordnung weh



Regierungschef Klaus Tschüscher zum ehrgeizigen Sparziel von 160 Mio. Franken jährlich: «Es ist erreichbar, wenn die Koalitionspartner auch im Landtag bei den vorgeschlagenen Reduktionen in den aufgezeigten Ausgabenbereichen an einem Strick ziehen.»

Bild Wolfgang Müller

tut. Aber wenn wir heute nicht handeln, wird uns dieses Versäumnis in einigen Jahren nicht nur weh tun, sondern wirklich grosse Schmerzen bereiten. Zudem darf man nicht vergessen, dass wir uns mit den angestrebten Ausgabenkürzungen von jährlich 160 Millionen Franken auf dem Niveau von 2006 bewegen. Dies zeigt doch deutlich auf, dass wir die Einsparungen verkräften können, wenn wir sie ausgewogen und sozial verträglich vornehmen.

Bei den laufenden und investiven Beiträgen des Landes soll am meisten eingespart werden. Das grösste Sparpotenzial wird im Krankenversicherungsbeitrag geortet. Was sagen Sie zu den Befürchtungen, dass die Prämienzahler einseitig zur Kasse gebeten werden, während die Leistungserbringer praktisch keine Abstriche in Kauf nehmen müssen?

Im Gesundheitsbericht hat die zuständige Regierungskollegin Renate Müssner Einsparungspotenziale bei allen Beteiligten ausgemacht. Damit verfügen wir über eine gute Grundlage für eine ausgewogene Lösung. Die Regierung wird sich für einen sozialverträglichen Lastenausgleich einsetzen und das Notwendige in die Wege leiten, damit wir uns in diese Richtung bewegen.

Die grösste Kostengruppe im Gesundheitswesen stellen die Spitalkosten dar. Wie soll es nun mit dem liechtensteinischen Landesspital weitergehen? Können Sie sich als Finanzminister vorstellen, für einen Neubau bis zu 100 Millionen Franken auszugeben?

Für die Entscheidung über die künftige Ausgestaltung des Landesspitals müssen wir als ersten Schritt einen gemeinsamen inhaltlichen Nenner finden, mit welcher Spitalpolitik wir den liechtensteinischen Verhältnissen und Bedürfnissen am besten gerecht werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Neuausgabe in dieser Grössenordnung das falsche Signal, gerade wenn wir uns vor Augen führen, dass der konsequente Sparkurs der Regierung der Bevölkerung spürbare Einschränkungen abverlangt. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, dass ein so kostenintensives Projekt in der nach wie vor prekären Finanzsituation des Landes von einer Mehrheit der Bevölkerung gutgeheissen würde.

15 Millionen Franken sollen beim AHV-Beitrag eingespart werden. Inwieweit wird dabei das attraktive Frührentenmodell unter die Räder kommen und soll die 13. AHV-Rente tatsächlich nicht angerührt werden?

Unser Frührentenmodell muss sicherlich überprüft werden. Aus versicherungsmathematischen Überlegungen wäre es sogar angezeigt, die Frührentierung weniger attraktiv zu machen. Der Pensionierungszeitpunkt hat ja auch einen Zusammenhang mit der langfristigen Sicherung der AHV-Renten. Auch hier müssen wir aus einer Position der Stärke heraus rechtzeitig die entsprechenden Massnahmen ergreifen. Eine Abschaffung der 13. AHV-Rente ist aber aus heutiger Sicht nicht geplant.

«Eine Abschaffung der 13. AHV-Rente ist nicht geplant»

Beim Vorschlag, den NBU-Staatsbeitrag zur Gänze zu streichen, wurde seitens der FDP daran erinnert, dass sich die VU im Vorfeld der Volksabstimmung im April 2004 dagegen ausgesprochen hatte. Werden Sie diesbezüglich Probleme in den eigenen Parteireihen bekommen? Als Regierungschef vertritt ich ohne Wenn und Aber die Landesinteressen. Ich sehe in dieser Sachfrage auch keinen Konflikt mit der früheren Haltung der Partei, weil die 2004 geführten Diskussionen unter völlig anderen Vorzeichen erfolgten. Heute müssen wir überall sparen, um unsere finanzielle Unabhängigkeit nicht zu verlieren. Von daher ist es ganz natürlich, dass wir die Dinge jetzt anders bewerten, als dies vor einigen Jahren der Fall war. Das verstehe ich unter verantwortungsvoller Politik. Dazu gehört aber auch, dass wir mit den Betroffenen das Gespräch suchen und ihnen reinen Wein einschenken.

Der Geschäftsführer des LED hat die vorgeschlagene Reduktion der staatlichen Leistungen für die internationale humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung von aktuell 27,5 Millionen auf 19,3 Millionen Franken im Jahr 2015 als «herzlos unausgewogene Kürzung» bezeichnet. Was sagen Sie dazu? Natürlich kann ich die Beweggründe für diese Äusserung nachvollziehen, und ich habe auch ein gewisses Verständnis für diese Reaktion. Auf der anderen Seite bin ich dazu verpflichtet, bei der Haushaltsanrierung überall mit gleichen Ellen zu messen und alle Ausgabenbereiche darin einzubeziehen. Ich bin überzeugt, dass die zuständige Regierungskollegin Aurelia Frick zusammen mit den Betroffenen

eine Lösung finden wird, wie die erfolgreiche Arbeit des LED auch in Zukunft mit geringeren Mitteln fortgesetzt werden kann.

Mit einem Potenzial von 50 Millionen Franken sind die Finanzzuweisungen an die Gemeinden nach den laufenden Beiträgen der zweitgrösste Brocken im Sparpaket der Regierung. Müssen Sie da nicht mit einem vehementen Widerstand seitens der Gemeindevorsteher rechnen?

Es liegt auf der Hand, dass die Vorsteher die angekündigten Kürzungen bei den Finanzzuweisungen an die Gemeinden kritisch hinterfragen werden. Die Dimension des Sanierungsbedarfs lässt uns aber keine andere Wahl. Auch die Gemeinden müssen zur Gesundung der Staatsfinanzen beitragen. Wie dies konkret erfolgen soll, dazu werden wir im Laufe des Herbstes konkrete Vorschläge unterbreiten.

Parallel zu den einzelnen Sparvorhaben soll die Steuerreform vorangetrieben werden, um das neue Steuergesetz auf

Anfang 2011 in Kraft setzen zu können. Ist dieser Zeitpunkt wirklich glücklich gewählt, wenn man davon ausgeht, dass in der Übergangsphase weniger Steuergelder eingenommen werden?

Wir haben zusammen mit der Hochschule die Auswirkungen der Steuerreform auf die Staatseinnahmen simuliert. Die Berechnungen zeigen auf, dass für das Land keine Minder-einnahmen zu erwarten sind. Die Einführung des neuen Steuersystems erfolgt auf den frühestmöglichen Zeitpunkt, weil wir den internationalen Entwicklungen Rechnung tragen müssen. Um als Steuerstandort attraktiv und wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir diesen Schritt jetzt vollziehen.

Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) hat zum Sparpaket erklärt, dass es trotz der Sparanstrengungen wichtig ist, weiterhin in Bereiche zu investieren, welche den langfristigen Erfolg von Liechtenstein sichern. Wie sehen Sie solche Investitionen in die Zukunft?

Dies ist eine wichtige und richtige Aussage, denn wir wollen die Chancen der Zukunft nicht verpassen. Ein Ziel des Sparpakets ist ja gerade, dass wir auch mit einem redimierten Haushalt noch die Mittel für sinnvolle und nachhaltige Investitionen aufbringen können. Aber die Kriterien für einen schlüssigen Bedürfnisnachweis sind sicher strenger geworden.

«Einsparungen ausgewogen und sozial verträglich vornehmen»

Was passiert mit den festgelegten Reduktionszielen, wenn die Konjunktur wieder anzieht und die Staatseinnahmen steigen?

Wir überprüfen das Sanierungsziel jährlich. Sollte sich die angespannte Finanzlage entschärfen, werden die geplanten Sparmassnahmen insbesondere in den sozial sensiblen Bereichen überprüft und gegebenenfalls angepasst oder aufgehoben. Damit können wir auf Veränderungen im Interesse der Betroffenen rasch reagieren.



Forum Gesundes Liechtenstein
Sozial – kompetent – persönlich

In den letzten Wochen wurde in der politischen Diskussion das Gesundheitswesen in Liechtenstein systematisch krank geredet. Die liechtensteinische Ärztekammer und der Dachverband der Gesundheitsberufe laden Sie ein: Wir wollen Sie informieren – ehrlich und ungeschminkt. Investieren Sie bitte jetzt ein wenig Zeit, damit wir auch noch morgen für Sie da sein können. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Haben Sie auch viele Fragezeichen im Kopf?

Wir informieren Sie, wie sich die Kosten im Gesundheitswesen zusammen setzen und was Qualität im Gesundheitswesen ausmacht.

Wir kommen zu Ihnen

- 09. 06. 2010 Restaurant Falknis, Balzers
- 17. 06. 2010 Rathaussaal, Vaduz
- 22. 06. 2010 Kleiner Saal, SAL, Schaan
- 06. 07. 2010 Restaurant Freihof, Mauren

Jeweils um 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei – für Ihr leibliches Wohl ist gesorgt. www.gesundesliechtenstein.li